

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mt., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Telephon: Amt Königstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mt., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm s, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt. Wie steht es mit uns? — Ein Programm für die gewerkschaftliche Arbeit nach dem Friedensschluß. — Die sozialschöpferische Arbeit der deutschen Gewerkschaften. — Mehr Regsamkeit. — Erweiterung der Bezugspflicht. — Berufsfragen. — Aus der Textilarbeiterbewegung. — Zur Erwerbslosenfürsorge. — Fabrikwohnungswesen. — Handelsnachrichten. — Soziale Rechtssprechung. — Berichte aus Fachreisen. — Literatur. — Briefkasten. — Verbandsanzeigen.

Wie steht es mit uns?

Wir haben erfreulicherweise schon mehrfach festgestellt können, daß einige unserer im Felde stehenden Kollegen auch dort großes Interesse für unsere gewerkschaftliche Sache bekunden und uns Daheimgebliebene die Hoffnung belebt, daß wir nach Beendigung des fürchterlichen Völkerringens in den zurückkehrenden Kollegen viele tüchtige Mitkämpfer für die Verbesserung der Existenz der Textilarbeiter werden begrüßen können. Auch heute sind wir in der erfreulichen Lage, aus einer Zuschrift eines unserer im Felde stehenden Kollegen zu erfahren, mit wie großem Interesse und Scharfblick er die weltwirtschaftlichen Vorgänge innerhalb seiner Industrie auch während seiner Kriegsdienstzeit verfolgt und wie er bestrebt ist, seine Gedanken den Daheimgebliebenen zu übermitteln. Es handelt sich um den Kollegen **Nieland aus Barmen**, der an unsere dortige Ortsverwaltung ein längeres Schreiben richtete, das diese uns zur Verfügung stellte, in der sehr richtigen Wertung, daß der Inhalt des Schreibens zum größten Teil geeignet sei, in erster Linie zwar den engeren Berufsgenossen Nielands, darüber hinaus aber auch allen Verbandskollegen und -kolleginnen bekanntgegeben zu werden.

Kollege Nieland beschäftigt sich nach einer scharfen Beurteilung der Lebensmittellieferer zunächst mit dem Abwandern der Textilarbeiter in andere Industrien. Er vermutet sehr richtig, daß es sich wohl in der Hauptsache um die Unterfunktion in der Munitionsindustrie handeln werde. Er ist hinsichtlich dieser Arbeiter und soweit Arbeiter in der Schwerindustrie beschäftigt sind, der Ansicht, daß sie nach Friedensschluß doch zum größten Teil wieder zur Textilindustrie zurückkehren würden. Er meint, die Arbeit in der Metallindustrie sei in der Regel so anstrengend, daß ihr nur wenig Textilarbeiter dauernd gewachsen seien. Wenn sie jetzt dort beschäftigt würden, so geschehe dies, weil sie die Unternehmung haben müßten. Sobald jedoch die Unternehmung nach dem Kriege leistungsfähigere Arbeiter bekommen könnten, würden sie die weniger leistungsfähigen, soweit sie nicht selbst abgehen, abstoßen. Kollege Nieland teilt also den Standpunkt nicht, daß die Textilarbeiter damit rechnen können, nach dem Kriege würde ein erheblicher Teil ehemaliger, in andere Industrien abgewandelter Berufskollegen in jenen Industrien bleiben. Er meint zwar, daß noch monatelang nach dem Kriege Beschäftigung in den Munitionsfabriken herrschen werde, um den Munitionsvorrat aufzuhäufen, aber später werde dann normalere Produktion eintreten, und da auch die Textilindustrie nach dem Kriege mit Seereslieferungen reichlich bedacht werden würde, weil auch die Bekleidungsbestände am Beginn des Krieges viel zu klein gewesen seien, so werde die Beschäftigung in der Textilindustrie reichlich sein. Auch die Wuppertaler Textilindustrie werde an den Seereslieferungen beteiligt sein, denn der Bedarf an Wändern, Lizen, Treffen, an umspinnenen Armees- und Feldkabeln sei bedeutend.

Nieland beschäftigt sich sodann mit der internationalen Lage der Textilindustrie. Wir geben hier dem Kollegen Nieland selbst das Wort. Er schreibt:

„Die Konjunkturaussichten für die Textilindustrie sind nach dem Kriege meines Erachtens keinesfalls ungünstig.

Kollege Krätzig führte in Barmen aus, daß der Umfang der Konjunktur von der Kaufkraft der Lohnarbeiterschaft bestimmt wird. Für die Bekleidungsindustrie wird die Mode noch mitbestimmend sein. Die Befürchtung, daß nach dem Kriege der Reallohn eher fallen als steigen wird, teile ich nicht. Durch die gewaltigen Kriegsverluste und den Verzicht auf hunderte tausende ausländischer Arbeiter wird ein großer Mangel an Arbeitskräften herrschen. In der Landwirtschaft, wo vor dem Kriege schon Arbeitermangel herrschte, wird durch die unbedingt notwendige intensive Bearbeitung des in den Kriegsjahren sehr vernachlässigten Ackerlandes große Nachfrage nach Arbeitskräften entstehen. Ferner wird sich der Ackerbau an besserer Volkskraft in der Berg- und Schwerindustrie sehr bemerkbar machen. Je größer nun der Mangel an Arbeitskräften, desto leichter wird es der Arbeiterchaft mit Hilfe ihrer Organisationen gelingen, den Reallohn zu halten und bestenfalls zu steigern. (Der Kollege Nieland über sieht hier, daß wir nach dem Kriege auch eine erhebliche Zahl deutscher Rückwanderer aus den gegen uns kriegführenden Ländern bekommen werden. In Rußland sind viele Hunderttausende deutscher Bauern enteignet und in die Konzentrationslager geschleppt worden. Anderen Hunderttausenden steht die Enteignung beim Kriegsende bevor. Ersatz für die ausländischen Landarbeiter kommt nach unseren Informa-

tionen reichlich herein, zumal auch aus neutralen Ländern und englischen Kolonien deutsche und deutsch-russische Arbeiter ins deutsche Mutterland zurückwandern werden. Der Inhalt der Konzentrationslager in den feindlichen Ländern wird sich zum großen Teil sofort nach Friedensschluß in unser Land ergießen. D. R. d., „L.“)

Für die Flechtindustrie ist es sehr günstig, daß das Gros ihrer früheren Absatzgebiete ungeschwächt in ihrer Kaufkraft den Weltbrand überstehen wird. Nach der Beendigung des Weltkrieges wird, auch wenn heute bei unseren Gegnern der Plan umgeht, Deutschland vom Handel auszuschließen, die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs nicht allzulange auf sich warten lassen. Die Produktion und der Warenaustausch hatte vor dem Kriege ein internationales Gepräge. In der Produktion waren alle Staaten in gewissen Grenzen voneinander abhängig. Einen Beweis hierfür lieferten uns vor kurzem noch die deutsch-schweizerischen Verhandlungen.

Meines Erachtens sind die von unseren Gegnern ange drohten Handelsrepressalien durch den Krieg geboren und werden diese Absichten auch mit dem Kriege wieder verschwinden. Wir müssen bedenken, daß der beschlossene wirtschaftliche Kampf gegen Deutschland ein Kriegskampfmittel darstellt, um die Entscheidung, die man mit den Waffen nicht erkämpfen konnte, herbeizuführen. Bei der Kriegsmüdigkeit in allen Ländern ist es fraglich, ob sich die nach Ruhe sehnen den Völker noch in jahrelangen Wirtschaftskriegen zerfleischen wollen. All dies ist für die Beurteilung der Durchführbarkeit eines Handelsboykotts gegen die Mittelmächte mit in Betracht zu ziehen.

Kollege Nieland beschäftigt sich sodann in seinem Schreiben mit der augenblicklichen Lage der Organisation im Unternehmer- und Arbeiterlager. Wir lassen auch diesen Teil des Schreibens wörtlich folgen. Kollege Nieland schreibt:

„Die Unternehmerverbände, die vor dem Kriege in organisatorischer Beziehung wegen ihres Umfanges und ihrer strengen Disziplin als mustergültig bezeichnet werden konnten, haben sich während des Krieges weiter entwickelt. Eine Schwächung der Mitgliederbestände ist nur dort zu verzeichnen, wo Bankrotte kleiner Existenzen zu verzeichnen sind. Die Vernichtung mittlerer und kleiner Betriebe als Folge des Krieges bedeutet in Wirklichkeit keine Schwächung, sondern eine gewaltige Stärkung der Macht der Arbeitgeberorganisationen. Arbeitgeberverbände, die vor dem Kriege über wenige Mitglieder, aber desto größere Betriebe verfügten, haben der aufwärtsstrebenden Arbeiterchaft die schwersten Kämpfe geliefert. Auch heute sind sie auf dem Posten. Wie sie arbeiten, hat ja Kollege Krätzig in seinem Vortrage beleuchtet. Zu allen nach dem Kriege zu lösenden Problemen haben sie schon Stellung genommen, und sie haben ihrer Tradition getreu hinsichtlich des Kommenden vom Standpunkt: Wie verdienen wir nach dem Kriege, ohne uns von den Arbeitern dreinreden zu lassen? Maßnahmen getroffen. Die Arbeiterchaft, die nach dem Kriege mehr denn je Ursache hat, eine Verbesserung ihrer Lage zu erstreben, wird ein stark gerüstetes, rücksichtsloses, zum Kampfe bereitest Unternehmungsvorfinden.

Da ist doch wohl die Frage berechtigt: Wie steht es mit uns?

Vor dem Kriege waren die Arbeiterorganisationen schon deshalb im Nachteil, weil ihre Macht zersplittert war und die einzelnen Organisationen sich gegenseitig einen Bruderkampf lieferten; trotzdem entwickelten sie gewaltige gewerkschaftliche Kraft. Der Krieg riß klaffende Lücken in die Reihen der organisierten Arbeiterchaft. Der Vertrauensmännerkörper, das Gerippe der Organisationen, wurde auseinandergerissen. Die anfängliche Kriegsbegeisterung, die unlegbar auch breite Schichten der Arbeiterchaft ergriffen hatte, ließ die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit in den Hintergrund treten. Interessellosigkeit griff um sich und benebelt heute noch weite Kreise der Arbeiterchaft. Eure Klagen über das mangelnde Interesse an der gewerkschaftlichen Ausnutzung günstiger Gelegenheiten hat mir das immer wieder bestätigt.

Der Mitgliederrückgang, hervorgerufen durch die wirtschaftliche Notlage, ist nach der Zahlenangabe sehr groß. Ich kann die wirtschaftliche Not als Entschuldigung für die Ausstretenden nicht anerkennen. Sehnmal größer ist das Maß der Leiden und Entbehrungen der im Felde stehenden Kollegen. Freudig würden sie mit den Daheimgebliebenen tauschen und ihre ganze Kraft in den Dienst unserer heiligen Sache stellen. Es ist ein beschämendes Zeugnis, welches sich die Ausstretenden ausstellen, und ist ihr Vorgehen, gelinde gesagt, ein unentzuldbarer Verrat an der Sache des Proletariats. Fahnenflucht! —

Der Krieg hat den Boden, den wir gewerkschaftlich zu bearbeiten haben, steinig gemacht. Distanz sind auf demselben emporgewachsen, deren Ausrottung uns aufreibende mühevoll Arbeit bringen wird.

An die Stelle der durch den Tod ausgefallenen Proletarier wird der vernichtete Mittelstand treten. Wer früher in der Agitation tätig war, weiß, wie schwierig diese Leute für den gewerkschaftlichen Organisationsgedanken zu begeistern sind. Schwierig wird auch die Agitation unter den Kriegsinvaliden, deren Zahl nicht klein ist, sein. Die Unternehmer werden es verstehen, ihre Beschäftigung als einen Gnadenakt auszulegen, und der Unternehmerterrorismus wird es fertig bringen, diesen Kernsten Angst vor der Organisation einzusößen. Ferner werden viele derjenigen, die im Kriege zu Vorgesetztenposten, wie Unteroffiziere, Sergeanten und Feldwebel gekommen sind, und denen der Ordenssegen hold war, sich zu Kriegervereinsstrategen entwickeln. Sie werden, statt sich um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu kümmern, sich als „Pimperl Wichtig“ aufspielen.

Die wichtige Agitation unter der Jugend wird durch den militärischen Jugendertüchtungsirrsinn und durch gezielte Maßnahmen äußerst bedroht werden. Wenn es die Arbeiterchaft durch ihre parlamentarischen Vertreter nicht fertig bringt, in dieser Sache die schlimmste Gefahr abzuwenden, so wird sich später das Heer der Reserveoffiziere auf die Arbeiterjugend stürzen, um sie der modernen Arbeiterbewegung zu entfremden.

Wenn wir dies alles in Betracht ziehen, so erfahren wir, welche schwierige Arbeit unserer harret. Viele hegen die Hoffnung, daß nach der Beendigung dieses Krieges große Scharen ehemals Indifferenter der modernen Arbeiterbewegung zu strömen werden. So wünschenswert dies wäre, so schädlich wäre es auch, sich solchen Hoffnungen hingeben. Die Geschichte der Arbeiterbewegung beweist uns, daß harte Kämpfe um die Seele des Volkes geführt werden müssen. Der Krieg sei der beste Lehrmeister gewesen, so reden viele, und wir erleben, daß trotzdem Tausende fahnenflüchtig geworden sind. Nach der siegreichen Beendigung des Krieges wird abermals ein gewaltiger Begeisterungsummel emporflammen, der manchen alle Leiden und Verrücktheiten des Krieges vergessen lassen wird.

Erst durch die wuchtigen Keulenschläge der rauhen Wirklichkeit im Kampfe ums Dasein wird dieser Rummel sich legen. Dann ist der Moment da, wo aufs neue unsere Saat wirkungsvoll ausgestreut werden kann. Und heftiger als je werden die Interessen zwischen Kapital und Arbeit gegeneinanderbranden.

Allen daheim, denen das Wohl der modernen Arbeiterbewegung am Herzen liegt, rufen wir aus dem Felde zu: Steht treu zur Organisation und seid auf der Wacht!

Wir können diesem beherzigenswerten Mahnruf aus dem Felde nur wünschen, als Erwecker zu dienen in den Reihen des Proletariats der Textilindustrie Deutschlands.

Ein Programm für die gewerkschaftliche Arbeit nach dem Friedensschluß.

Schon seit Beginn des Krieges begegnen wir im Meinungsstreit des öfteren dem Wort von der **Neuorientierung**. Man spricht von der Neuorientierung in der inneren Politik, spricht davon, daß man in der und jener Hinsicht werde umlernen, daß man manches, was man früher unbeachtet ließ, nunmehr werde höher bewerten müssen und anderes mehr. Nur haben wir bisher nie gefunden, daß die, die das Wort Neuorientierung so gern von sich geben, auch einmal angedeutet hätten, was sie denn eigentlich darunter verstehen. Es war gewöhnlich immer so, daß man das Wort Neuorientierung anwandte als Satire auf irgendein unliebsames Vorkommnis. Damit trifft man natürlich nicht das Richtige. Eine Neuorientierung, d. h. eine Zurechtfindung in den neuen, durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnissen auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens, wird natürlich erfolgen müssen, denn der Illusion braucht sich niemand hinzugeben, daß wir etwa nach den ungeheuren Umwälzungen, die dieser Weltkrieg in der Volkswirtschaft Deutschlands vorgenommen hat, zu den alten Zuständen vor dem Kriege restlos zurückkehren werden. Da ist es für die deutsche Arbeiterklasse natürlich von großer Wichtigkeit, sich beizeiten zu orientieren über das, was in ihrem Interesse demnächst geschehen muß, damit sie sich in den neuen Verhältnissen schnell zurechtfindet und ihre Interessen mit großem Geschick wahrnimmt. Denn wenn jetzt die Verhältnisse unserer Volkswirtschaft, und was damit zusammenhängt, geregelt werden, so geschieht das sicher auf lange Zeit. Und wenn da die Arbeiter den Anschluß verpassen, weil sie sich über zurüdliegende Dinge streiten, nun dann haben sie eben den Anschluß verpaßt. Man sollte daher den Blick nach vorwärts lenken und nicht nach rückwärts. Eine gute Anregung hierzu gibt Genosse **Umbreit**, der Redakteur des „Correspondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, in

einem Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ unter der Überschrift: Wohin steuern wir? Obgleich es sich hier zweifellos nur um die private Meinung Umbreits handelt, bezeichnet man das, was er ausführt, als das Programm der Gewerkschaften für die Arbeit nach Friedensschluss. Wir geben seine Ausführungen bekannt.

Umbreit erwähnt auch erst den leidigen Streit in der Arbeiterbewegung und führt dann folgendes an:

„Die Politik des 4. August 1914 ist auch für das wirtschaftliche Interesse der deutschen Arbeiterklasse die einzig mögliche. Sie gewährleistet das Zusammenwirken aller Kräfte für den baldigen Wiederaufbau der heimischen Volkswirtschaft, der für die Arbeiterklasse eine Lebensfrage ist. Dieser Wiederaufbau kann nicht das Werk einzelner Klassen oder Gewalten sein, sondern muß in gemeinsamer Arbeit aller Volksteile geschehen. Die künftige Friedenswirtschaft muß an die Kriegswirtschaft anknüpfen; sie wird sich als deren Fortsetzung in ungestörter Richtung darzustellen haben. Unsere Kriegswirtschaft hat sich unter dem Mangel an Rohstoffen, dem Bedarf an Kriegsmitteln und dem Zwang der Not sehr stark zentralistisch entwickelt. Die Rohstoffversorgung und -verteilung zahlreicher Industrien ist zentralisiert und zwangsweise geregelt, vereinzelt sind es auch die Produktion und der Absatz sowie die Preise. Auf dem Gebiet der Volksernährung wird die freie Markterzeugung und Preisgestaltung immer mehr durch die behördlich geregelte ersetzt. Diese Regelung ist sicher noch weit davon entfernt, alle Kreise zu befriedigen, sie hat im Gegenteil mit den größten Schwierigkeiten und Widerständen zu kämpfen. Aber sie wäre ohne die Mitwirkung der Arbeiterklasse unmöglich gewesen. Weder die Bürokratie noch Industrie, Handel oder Landwirtschaft allein hätten eine gemeinsame Kriegswirtschaft durchführen können; sie haben den Sozialismus als Wegweiser und die Macht der Arbeiterorganisationen als treibende Kraft gebraucht. Auch die Friedenswirtschaft bedarf der Mitwirkung der Arbeiter. Sie kann keine einfache Wiederkehr zu dem früheren Zustand der Privatwirtschaft sein. Angesichts des Mangels an Rohstoffen, an Schiffsraum, an Aufträgen und an Absatzmärkten ist eine starke Staatshilfe und Zentralisation nicht zu entbehren. Das Reich muß Schiffsraum und Rohstoffe beschaffen, muß wiederum auf dem Geldmarkt regulierend eingreifen und durch eine günstige Wirtschaftspolitik die Absatzmärkte erschließen. Reich, Staat und Gemeinden müssen der Industrie und den Gewerben durch öffentliche Aufträge zu Hilfe kommen, um ihnen die Ueberwindung der Krisis zu erleichtern, ebenso den Arbeitslosen durch Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung. Und um die Reichszentrale wird sich ein Kranz von Industrie- und Handelszentralen legen, die die Verteilung der Rohstoffe und Aufträge regeln, ähnlich den Kriegszentralen der Industrien. Dazu kommt der starke Antriebsdruck der Verstaatlichung wichtiger Produktionszweige nach dem Kriege aus fiskalischen Gründen: der Förderung und des Abzuges von Kohlen, Erzen und Salzen, der Elektrizitätserzeugung, der Herstellung von Geschützen, Waffen und Sprengstoffen, der Tabakverarbeitung, des Getreidehandels usw. Bei alledem darf sich die Arbeiterklasse nicht von der tätigen Einflusnahme ausschalten, denn es handelt sich ebenso wie um Unternehmer- so auch um wichtige Arbeiterinteressen. Schon die künftige Wirtschaftspolitik schneidet tief in die Interessen der Arbeiterklasse als Faktor der Produktion wie der Konsumtion ein; sie wird mehr als vor dem Kriege darauf einzustellen sein, was der deutschen Arbeit frommt, und die Arbeiterklasse wird daran mehr als zuvor tätigen Anteil nehmen müssen. Das wird sie aber nicht können, wenn sie sich von der Gesamtheit des Volkes trennt und isoliert, sich in Gegensatz zu ihr stellt und gegenüber den Bedürfnissen der Gegenwart an abstrakte Forderungen einer ferneren Zukunft appelliert; vielmehr nur dann, wenn sie in gemeinnützigem Wirken an den Aufgaben der Friedenswirtschaft mitarbeitet, wie sie im Krieg ihre Pflicht erfüllt hat.

Auch die Sozialpolitik steht vor gewaltigen Friedensaufgaben, die nicht das Werk einer einzelnen Klasse sein können. Die Kriegsfürsorge für Arbeitslose und Notleidende, für Kriegervfamilien, Hinterbliebene und Kriegsinvaliden kann nur als der erste Schritt auf diesem Wege aufgefaßt werden. Der Krieg erheischt große Opfer, die das Volk auf Jahrzehnte hinaus zu tatkräftiger Hilfe verpflichten, die Fürsorge für Kriegervwitwen und -waisen, für Kriegsverletzte und Kriegskranke erfordert dauernde Organisationen und Mittel. Die Arbeitsvermittlung bedarf einer großzügigen Regelung; die Arbeitslosenversicherung muß zu einer bleibenden Einrichtung des Reichs werden. Die starken Männerverluste unseres Volkes und der Ausfall an ausländischen Arbeitskräften nach dem Krieg drängen nach stärkerer Erwerbstätigkeit der Frauen. Daraus ergeben sich neue Probleme für den Schutz der weiblichen Arbeiter und Angestellten, für ihre gewerbliche Ausbildung und für die Erhaltung der Volkskräfte durch Mutterschutz und Mutterschaftsversicherung. Nicht minder bedarf die Jugend eines erhöhten Schutzes und einer besseren Vorbildung für den gesteigerten Wirtschaftskampf der Nationen auf dem Weltmarkt. Das Heimarbeitsproblem darf nicht wieder der Vergessenheit anheimfallen; gerade der Krieg hat gezeigt, daß eine schrankenlose Ausbeutung der Heimarbeiter unvereinbar mit dem Volkswohl ist, und bezeichnenderweise haben die militärischen Behörden dies am ehesten erkannt und die geeigneten Maßregeln dagegen durchgesetzt. Arbeiterchutz als Friedensfürsorge ist die konsequente Fortsetzung der Kriegsfürsorge als das Werk eines willensstarken, einmütigen Volkes.

Und gewaltig sind auch die Organisationsprobleme, die nach dem Krieg der Lösung harren. Der Krieg hat die Notwendigkeit der Organisation auf allen Gebieten erwiesen. Die Organisation hat Triumphe gefeiert. Aber der Krieg läßt die Organisationen ebenso wenig unberührt wie die Wirtschaftsweise. Die Kriegswirtschaft hat neue Aufgaben, Instanzen und Organisationen gebracht, die alten umgebildet und auf manchen Gebieten eine feste Grundlage für gemeinsames Wirken geschaffen. Das alles drängt nach Vervollkommnung, nach Ausweitung, wie nach rechtlicher Anerkennung. Das Organisationsrecht war

schon vor dem Krieg rückständig, die Gesetzgebung von dem Individualrecht beherrscht. Das kann nicht so fortgehen. Wie die Hindernisse des Vereinsrechts beseitigt werden mußten, so müssen auch die großen Wirtschaftsorganisationen, die Berufsvereine, die Unternehmerverbände auf einen gesunden Rechtsboden gestellt und die Vorkausselegungen geschaffen werden, unter denen sich Unternehmer- und Arbeiterorganisationen über die Regelung der Arbeitsverhältnisse verständigen oder die Kräfte messen können. Anerkannte Berufsorganisationen, gesetzliche Berufsvertretungen, geregelte Mitwirkung der Organisationen an sozialpolitischen Einrichtungen, rechtsverbindliche Tarifverträge, Arbeitsgemeinschaften für gemeinnützige Aufgaben, Schieds- und Einigungsämter, die den Ausgleich von Differenzen erleichtern, und Zugang zu den Volksvertretungen für alle erwachsenen Staatsbürger durch ein demokratisches Wahlrecht: das sind die Aufgaben, die der kommende Frieden an uns stellt. Sie decken sich im wesentlichen mit dem, was als die Neuorientierung auf dem Gebiet der inneren Politik bezeichnet wird. Wiederrum kann dieses Werk nicht einer einzelnen Klasse überlassen werden. Auch die Regierung und die Verwaltung allein können es nicht vollenden, und noch weniger können wir seine Durchführung einer der Arbeiterklasse feindlichen Koalition anvertrauen. Die Neuorientierung wird das gemeinsame Werk aller Friedensfaktoren des Volkes sein, oder sie wird keine wirkliche Neuorientierung werden.

Die Sozialdemokratie als die politische Vertretung der deutschen Arbeiterbewegung muß sich in diesem Augenblick, da wir, der harten Notwendigkeit der Landesverteidigung noch nicht entthoben, doch schon für den kommenden Frieden rüsten müssen, dessen bewußt bleiben, welche große historische Aufgabe ihr diese ernste Gegenwart stellt. Soll alles, was wir in jahrzehntelangen organisatorischen Kämpfen aufgebaut und im Krieg zur Anerkennung gebracht haben, in dem schmerzlichen Ringen einer Krisis, wie sie Deutschland noch nicht erlebt hat, wieder verloren gehen, als Stückwerk wieder untergehen? Soll die wirtschaftliche Restauration, die politische Orientierung nach dem Krieg hinter dem Rücken der Arbeiterklasse erfolgen, die sich schmolend in die Erde stellt, sich von jedem wirksamen Einfluß auf die Gesetzgebung selber ausschaltet? Sollen die hoffnungsvollen Ansätze zu einer sozialen Regelung von Produktion und Konsum, die der Krieg gebracht hat, wieder spurlos verschwinden? Soll die Verstaatlichung wichtiger Produktionszweige lediglich zu einer Domäne fiskalischer und kapitalistischer Ausbeutung werden, ohne daß die Arbeiterklasse mitzureden hätte? Soll das künftige Deutschland eine Stätte der Reaktion sein, oder soll der Augenblick erfaßt werden, der dem arbeitenden und waffenfähigen Volk die ihm gebührende gleichberechtigte Stellung im Staatswesen zuweist?

Nur ein einiges Deutschland kann diese große Friedensmission erfüllen. Zerreißen wir das Volk in dem Augenblick, da es sich von neuem unter den durch den Krieg so gewaltig veränderten Verhältnissen einrichtet, um sich seine alte Stellung auf dem Weltmarkt der Welt wieder zu erkämpfen, so wird die Entwicklung des künftigen Rechts über uns hinwegschreiten. Wir würden aufs neue das Objekt der Gesetzgebung sein, anstatt gleichberechtigt daran mitzuarbeiten. Wir würden unsere Kräfte unter viel schwierigeren und ungünstigeren Bedingungen verkehren müssen, in Kämpfen, die uns keinen Erfolg verheißen, weil die deutsche Volkswirtschaft der nächsten Jahre darunter zusammenbräche. Wir müßten mit dem ungleich magereren Bissen vorlieb nehmen, die die ungünstige Wirtschaftslage und die Ungunst aller übrigen Faktoren uns dann zuweisen würden. Wir würden den Rückgang unserer Volkswirtschaft und unserer Organisationen besiegelt sehen und außerstande sein, dieses Verhängnis aufzuhalten. Nur der Gesamtwille des deutschen Volkes kann eine Friedenswirtschaft aufrichten, die allen beteiligten Gewalten, Staat und Volk, Unternehmern und Arbeitern, ein gedeihliches Auskommen gewährleistet und die sich in der Weltwirtschaft durchzusetzen vermag.“

Die sozialchöpferische Arbeit der deutschen Gewerkschaften.

Die Münchener Gewerkschaften veranstalteten in der Woche vom 17. bis 23. September eine Agitation zur Werbung neuer Mitglieder. Aus diesem Anlasse brachte die „Münchener Post“ einen beherzigenswerten Artikel, der von allen Arbeitern mit Aufmerksamkeit gelesen zu werden verdient. Wir geben ihn in der Hauptsache hier wieder:

... Die Politik der deutschen Gewerkschaften erschöpft sich nicht in Bestrebungen zur Erkämpfung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeiten, obwohl schon dieses Programm allein ihre Existenz glänzend rechtfertigen würde, sondern strahlt nach allen Seiten des wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Lebens aus. Sie erzog durch eine vielverbreitete Gewerkschaftspresse die deutsche Arbeiterklasse zu einer regen Beteiligung an deutschen und internationalen Kulturleben überhaupt. Wenn der deutsche Arbeiter sein früheres wirtschaftliches und politisches Gelotum von sich abstreift, dann verdankt er es nicht zuletzt seiner Gewerkschaftspresse, die gemeinsam mit den Presseorganen der Sozialdemokratie die so fest eingekapselten Sklavengefühle und Knechtschaftsgedanken aus der Seele des deutschen Proletariats vertrieben. Auch die deutschen Gewerkschaften übernehmen von dem großen Schöpfer der politischen Arbeiterbewegung, von Ferdinand Lassalle, das Programm einer sozialen und kulturellen Neugestaltung der Gesellschaft. In dem Arbeiter sah Lassalle stets den konsequenten Vollerden aller der großen Kulturideen, die uns frühere Gesellschaftsepochen in einem unfertigen Zustande überliefert hatten. Die Befreiung des Menschen, die Wandlung vom Massenstamm zum Kulturstaat, sie konnte erst der Arbeiter in einem von der „Idee des Arbeiterstandes“ völlig beherrschten Staate vollbringen. Das „Prinzip des Ar-

beiterstandes“, als des künftig herrschenden Prinzips der Gesellschaft, enthält nach Lassalle einen neuen sittlichen Inhalt: zu der sittlichen Idee der freien Betätigung der individuellen Kräfte, welche die bürgerliche Gesellschaftsperiode verkündete, trat die Idee der Solidarität der Interessen, der Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit in die Entwicklung. Und gerade die deutsche Gewerkschaftsbewegung wurde die hervorragendste Erziehungsstätte für dieses Solidaritätsgefühl, für die gegenseitige Förderung gemeinsamer Interessen. Und nicht allein den Lohnarbeiter, den ganzen Menschen zog die Gewerkschaftsbewegung mit sich in die Bahnen einer großen Kulturbewegung. Die Gewerkschaften veranstalteten Bildungskurse im großen Umfang und schufen sich gediegene Bibliotheken. Am Beginn des neuen Jahrhunderts konnten sich die Verwaltungsstellen des Deutschen Metallarbeiterverbandes und des Holzarbeiterverbandes in Berlin ganz hervorragender, mit gründlicher wissenschaftlicher Kenntnis und feinem literarischen Geschmack zusammengestellter Bibliotheken rühmen. Ueberall suchten diese Bibliotheken den geistigen Horizont des Arbeiters zu erweitern und das Verständnis für das ökonomische und kulturelle Leben der Völker zu erwecken.

In dem letzten verflorenen Vierteljahrhundert hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine umfassende demokratische kulturelle und sozialwirtschaftliche Umbildungsarbeit von unten auf an der heutigen Gesellschaft verrichtet. Wir können diese natürlich hier nur kurz streifen:

Infolge fünfundsiebenzigjähriger harter wirtschaftlicher Kämpfe und emsig aufbauender gewerkschaftlicher Tätigkeit hat sich eine tiefgreifende Aenderung in den deutschen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen vollzogen. Die Gewerkschaften wirkten durch ihre tatkräftigen Lohnbewegungen, daß für 1¼ Millionen Arbeiter die Arbeitsbedingungen tarifvertraglich geregelt werden. Diese sind der einseitig bestimmenden Gewalt des kapitalistischen Herrenrechts entzogen und der Kontrolle der Gewerkschaft unterstellt. „An den mehr als 90 Proz. der Tarifverträge bildete der Beinhinstundentag die obere Grenze der Arbeitsdauer.“ („Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.“)

Die „Elemente eines neuen Arbeiterrechts“ bildeten sich also. Die Gewerkschaften verdrängten in wachsendem Maße den individuellen durch den kollektiven Arbeitsvertrag. Sie erkämpften der Arbeiterschaft innerhalb eines sich ständig erweiternden Rahmens das Mitbestimmungsrecht in den grundwichtigen Fragen der Lohn- und Arbeitszeitregelung, der Werkstättenhygiene. Sie veränderten dadurch gleichsam den sozialrechtlichen Charakter des kapitalistischen Betriebes.

Aber damit nicht genug, dehnten die Gewerkschaften durch die Arbeiterschutzgesetzgebung das Kontrollrecht des Staates über die kapitalistischen Unternehmungen aus und drängten planmäßig zu einer staatlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse hin. Ein Einbruch in das Recht des „Herrn im Hause“ erfolgte also von zwei Seiten aus durch die rein gewerkschaftliche und politisch-gewerkschaftliche Tätigkeit unserer großen Zentralverbände.

Die soziale Rechtsordnung der heutigen Gesellschaft zeigt aber noch eine Einbruchsstelle, an der wir die deutschen Gewerkschaften in voller Tätigkeit sehen. Der individualistisch-kapitalistischen Gesellschaft wurde durch die Macht der sozialen Bewegung der staatliche Zwangsversicherungsgedanke aufgenötigt. Bismarck stellte ihn in seinen Dienst, gerade weil er die Sozialdemokratie „positiv“ und nicht allein durch Ausnahmegerichte bekämpfen wollte. Die deutsche, auf dem Zwangsversicherungsgedanken beruhende soziale Versicherung will nun den Arbeiter vor den existenzuntergrabenden Folgen von Krankheit, Unfall, vorzeitiger Invalidität usw. sichern. Diese staatliche Gesetzgebung suchten nun die Gewerkschaften möglichst zu erweitern und sozial zu vertiefen. Deutsche Gewerkschaften organisierten daher die Wahlen zu den Krankenkassen, zu den Landesversicherungsanstalten und suchten in diesen Institutionen großzügige sozialhygienische Programme zu verwirklichen. Sie wirkten dann nicht unerheblich auf den sozialen Geist der Rechtsprechungsinstitute der sozialen Versicherung ein. Sie vertieften den Begriff des Betriebsunfalls, der Invalidität usw. durch ihre Tätigkeit in den Rechtsprechungskörpern (im Reichsversicherungsamt). Zur Wahrung der Rechte der versicherten Arbeiter schufen sie Arbeitersekretariate und verrieten so eine wichtige Vorarbeit für die Einführung einer unentgeltlichen Rechtshilfe.

Die staatlichen Versicherungsinstitute erfüllten nur zum Teil die Forderungen der Gewerkschaften an eine leistungsfähige soziale Versicherung. Die Gewerkschaften haben aber ein Lebensinteresse an dem planmäßigen großzügigen Ausbau derartiger Institute, die den Arbeiter vor dem Herabfallen in die sozialen Schuttschichten des Lumpenproletariats schützen und seine Widerstandskraft gegenüber dem Unternehmertum erheblich stärken. Gerade hier entbehrt der Arbeiter das Proletariat einer Versicherung vor den Folgen der Arbeitslosigkeit. Deshalb schufen die Gewerkschaften das Fundament einer tragfähigen Arbeitslosenversicherung, und so bahnten sie der gesetzgebenden Tätigkeit des Staates einen neuen Weg zur staatlichen Lösung dieser großen Versicherungsaufgabe.

Unermüdet waren also Kräfte der organisierten Arbeiter an dem Werk einer weitgehenden Sozialisierung der privatkapitalistischen und sozialrechtlichen Institutionen. Diese Arbeit fand eine zweckvolle Ergänzung in der Begründung großer Konsumgenossenschaften, die vor allem die arbeitenden Massen zusammenfaßten und sich auf demokratischer Grundlage aufbauten. Daher erfuhr das Genossenschaftswesen der Großstädte durch die Gewerkschaften die stärkste Förderung. Massenhaft betätigten sich Gewerkschaftsführer in den Leitungen der Konsumvereine. In Gemeinschaft mit den Genossenschaften riefen sie dann eine großzügige Volksversicherung ins Leben.

Wahrlich, der Sozialpolitiker, der nur in den Gewerkschaften „Streikvereine“ zur Erringung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit sieht, ist nicht einmal bis zur Oberfläche des deutschen Gewerkschaftswesens vorgedrungen. Gerade die tiefgreifende sozialpolitische und sozialrechtliche Umgestaltungsarbeit ist der eigentliche Inhalt der gewerkschaftlichen Bestrebungen geworden. Diese Arbeit hat jeder Gewerkschafter umjichtig zu fördern, und für sie hat er neue Rekruten unter der organisierten Arbeiterschaft zu werben. Sein wesent-

liches Hilfsmittel zu dem großen Ziel einer Demokratisierung und Sozialisierung der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist aber die sozialdemokratische Arbeiterpresse. Die Werbearbeit für diese Presse ist die unerlässliche Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Mehr Regsamkeit.

Wieder steht der Winter vor der Tür — der dritte Kriegswinter. Diese letzten drei Worte bezeichnen einen Zeitabschnitt im Leben der europäischen Menschheit, wie einen gleich schlimmen die heute lebenden Generationen noch nie zum Durchleben vor sich hatten. In dieser harten Zeitperiode tritt weit mehr noch wie sonst die Notwendigkeit an alle Personen der Arbeiterklasse heran, treue Kameradschaft, gute Solidarität zu halten, eifrige Werber für die Ausbreitung der Organisation zu werden. Es bedarf keiner Schilderung der materiellen Not, die in den Arbeiterfamilien Einzug gehalten hat. Nur zu bekannt ist, daß es allen diesen Familien an weiter nichts, wie an allem fehlt. Wir dürfen uns daher nicht bei Klagegefühlen aufhalten, sondern müssen nach Mitteln zur Abhilfe dieser materiellen Not umhau halten. Und da muß gesagt werden, daß zu keiner Zeit mehr wie in der, die wir zu durchleben vor uns haben, das einzige wirksame Mittel, welches Abhilfe der materiellen Not verspricht, die gewerkschaftliche Organisation sein wird.

Jetzt, und auch in einer Reihe von Jahren nach dem Kriege, haben wir von der Gesetzgebung nicht nur nichts zu erwarten, was der Arbeiterschaft ihre ungünstige wirtschaftliche Lage wirksam verbessern könnte, sondern wir haben zu erwarten, daß die sogenannten Staatsnotwendigkeiten, die der jetzige Krieg erzeugt, noch ganz Erhebliches dazu beitragen werden, die materiell ungünstige Lage der Arbeiterschaft noch ungünstiger zu gestalten.

In einem Leitartikel der „Leipz. Neuest. Nachr.“ war kürzlich zu lesen, daß bei 70 Millionen Einwohnern in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung 36 Mark jährlich sein würden zur Verzinsung der Kriegsanleihen, daß aber nur etwa 10 Millionen Steuerzahler zur Aufbringung dieser Summe vorhanden seien. Das würde heißen, daß jährlich im Durchschnitt auf den Kopf des Steuerzahlers 7 x 36 = 252 Mk. an Zinsen für die Kriegsanleihen entfallen würden. Hierzu kommen dann noch die Ausgaben für die Kriegszinsen an Kriegsbeschädigte, an Witwen und Waisen und für Wiederherstellung dessen, was im Kriege zerstört wurde. Es sind weitere Mittel nötig für andere Reichsausgaben, und es steht leider zu befürchten, daß das Ende dieses Krieges keineswegs auch das Ende des Betrübens sein werde. Im Gegenteil! Wie man hören kann, soll nach dem Kriege erit recht stark gerüstet werden. Da kann man sich ungefähr einen Begriff machen von den Erfordernissen an Geldmitteln, mit denen das Reich demnächst den Steuerzahlern aufwarten wird.

Mit einigen Hundert Mark neuen Steuern pro Jahr muß jeder Steuerzahler rechnen, wenn auch durch Einführung durch Reichsmonopolen versucht werden wird, neue Einnahmen für das Reich zu gewinnen. Natürlich wird man, wie immer, in der Hauptsache indirekte Steuern zur Einführung bringen, die in der Regel den Arbeiterstand im Verhältnis zum Einkommen am schwersten belasten.

Mehr Steuern und hohe Lebensmittelpreise, beides wird uns das Ende des Krieges bescheren. Da muß schon jetzt jede Arbeiterfamilie dafür Sorge treffen, daß ihr Einkommen künftig ganz bedeutend erhöht wird. Das kann nach dem vorstehend Dargelegten auf keine andere Weise erreicht werden als durch die gewerkschaftliche Organisation.

Durch die jetzigen Kriegspreise für die Lebenshaltung sind die bisherigen Erfolge der Gewerkschaften, soweit die Wohnverhältnisse in Betracht kommen, illusorisch geworden. Ist der Krieg vorüber, dann muß nicht nur ein Ausgleich durch weitere Lohnerhöhungen erkämpft werden, es müssen dann auch noch joviell weitere Lohnerhöhungen herausgeholt werden, wie uns an neuen direkten und indirekten Steuern auferlegt wird.

Gelingt dies nicht, so ist die Folge eine Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben die Wahl: entweder als baldigen Beitritt zur gewerkschaftlichen Organisation und damit Sicherung für Erlangung günstiger Arbeits- und Lohnerhältnisse, oder keine Beiträge an die Gewerkschaft und damit erbärmliche Löhne. Im letzteren Falle kann man sich darauf gefaßt machen, daß nach dem Kriege das Hungern größer sein und länger dauern wird; so lange dauern wird, bis die Arbeiter und Arbeiterinnen in Massen der Organisation zufließen und ihr die Treue bewahren.

Unsere Organisierten wollen eine solche Hungerkur nach dem Kriege nicht hinnehmen. Sie hoffen, daß doch auf Grund der Tatsachen allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen die Augen geöffnet sein müßten; schon jetzt müßten sie ebenfalls Beiträge für die Organisation zahlen, damit der Verband finanziell gestärkt wird, um nach Beendigung des Krieges mit Erfolg benötigte Lohnerhöhungen herauszuholen zu können.

Mit dem „Goffen“ ist nichts erzielt. Es muß Aufklärung verbreitet werden unter denjenigen, welche für unseren Verband herangeholt werden müssen.

Welche Mittel der Aufklärung sollen in Anwendung kommen? Als bestes Mittel haben sich die „Fabrikbesprechungen“ erwiesen. Wenn diese auch nicht gut besucht sind, so wird aber doch das dort Gehörte weiter verbreitet. Es bietet sich viel Gelegenheit, mit Arbeitsnachbarn oder Stubennachbarn über den Zweck gewerkschaftlicher Organisation zu reden.

Erfolgreicher noch als Fabrikbesprechungen sind die Besprechungen für eine einzelne Arbeitsabteilung. Während des Krieges ist ja manche Einrichtung in unserem Verbands eingeklappt. Man begründet dies in der Regel mit der Einberufung tüchtiger Vertrauensleute zum

Seeresdienst. Wir meinen die Branchenvereinigungen.

Wir können diese Ausrede nicht gelten lassen, denn es sind noch viele ältere Kollegen, die nicht zum Seeresdienst einberufen werden, gern bereit, wenn sie angegangen werden, mitzuhelfen, einzuspringen in die freigewordenen Posten, als Vertrauensleute, als Arbeiterauschussmitglieder usw.

Und selbst, wenn unter diesen keine Auswahl wäre, so haben wir viele weibliche Mitglieder, die zur Mitarbeit bei den Agitationsversammlungen herangebildet werden können. Also mehr Regsamkeit!

Erweiterung der Bezugscheinpflicht.

Am 1. November d. J. traten neue Bestimmungen für den Verkauf von Textilwaren in Kraft, die gegenüber den bisherigen vielfach von einschneidender Wirkung sind.

Es sind unter anderem nun bezugscheinpflichtig: seidenplattierte Strümpfe, Steppdecken, alle Kleider- und Schürzentoffe, mit den unten angegebenen Ausnahmen, die gesamte fertige Herren-, Damen- und Kindergarderobe und Wäscheherstellung, die gesamte Damen- und Herrenwäsche mit Ausnahme von Kragen, Manschetten, Vorsteckern und Einläsen, die Säuglingswäsche, Wäschestoffe, alle Taschentücher mit Ausnahme der mindestens zu ein Drittel der Fläche aus Spitzen bestehenden, die getragenen Kleidungsstücke. Dagegen sind bezugscheinfrei unter anderem: Besätze, baumwollene Stieftuchstoffe, baumwollene gewebte oder gewirkte Spitzenstoffe, baumwollene glatt oder gemusterte, gewebte undichte Kleiderstoffe und baumwollene bedruckte undichte Kleiderstoffe, sowie alle ausschließlich aus den vorgenannten Stoffen hergestellten Gegenstände. Alle Gegenstände, deren Kleinhandelspreis nicht mehr als 1 Mk. für das Stück beträgt, mit Ausnahme von Strümpfen, Handschuhen, Taschentüchern und Scheuertüchern; Stoffe nur bis zu Längen von 30 Zentimetern, sofern der Kleinhandelspreis nicht mehr als 1 Mk. beträgt; in beiden Fällen darf zu gleicher Zeit an dieselbe Person nicht mehr als 1 Stück derselben Ware veräußert werden. Bezugscheinfrei bleiben unter anderem Stoffe aus Natur- und Kunstseide und halbseidene Stoffe sowie alle ausschließlich aus solchen Stoffen hergestellten Gegenstände.

Die Ausfertigung der Bezugscheine erfolgt nur nach Maßgabe des tatsächlich vorhandenen Bedarfs.

„Es wird daher auf die im Besitz des Antragstellers befindlichen Vorräte sorgfältig Rücksicht zu nehmen sein.“

Wer gebrauchsfähige Oberkleidung entgeltlich oder unentgeltlich abgibt, erhält ohne Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung einen Bezugschein über einen entsprechenden gleichartigen Gegenstand, der jedoch nicht für billige Kleidungsstücke, sondern nur für solche gilt, die eine bestimmte Preisgrenze übersteigen. Die Preisgrenze lautet:

Fertige Herrenoberkleidung, sofern der Kleinhandelspreis	
für den Rock- und Gehrodanzug	150,— Mk.
für den Sad- und Sportanzug	130,— "
für den Rock und Gehrod	100,— "
für die Sadjade	75,— "
für die Weste	25,— "
für das Beinleid	35,— "
für den Winterüberzieher	160,— "
für den Sommerüberzieher	130,— "

übersteigt.

Fertige Damenoberkleidung, sofern der Kleinhandelspreis

für den Damenmantel	130,— Mk.
für den Nachtschleier	110,— "
für das Jadenleid	160,— "
für das Wäscheleid	75,— "
für die wollene Bluse	40,— "
für die Wäschebluse	30,— "
für den wollenen Morgenrock	80,— "
für den Wäschmorgenrock	40,— "
für das garnierte wollene Kleid	225,— "
für den Kleiderrock	55,— "

übersteigt.

Derartige Bezugscheine dürfen jedoch für dieselbe zu versorgende Person bis Ende 1917 nur erteilt werden: bei Herrenoberkleidung bis zu zwei Überziehern und zwei vollständigen Anzügen. Dabei gelten der einzelne Rock (bzw. Jade), die einzelne Weste und das einzelne Beinleid als Teile eines vollständigen Anzuges; bei Damenoberkleidung bis zu zwei Mänteln, drei Kleidern, zwei Morgenröcken und zwei Wäscheblusen. Dabei gelten die einzelne Bluse und der einzelne Kleiderrock als Teile eines Kleides.

Sonst ist erwähnenswert, daß für die Schneider, Schneiderinnen und Wandergewerbetreibenden ein Einkaufsbuch eingeführt wird, um die bisher hauptsächlich seitens der Wandergewerbetreibenden vorgekommenen Mißbräuche zu verhüten.

Die Beschaffung für Militärpersonen und Kriegsgefangene wird neu geregelt und erleichtert. Für dringende Fälle, zum Beispiel bei Erkrankungen oder Verlust oder Beschädigung eines Kleidungsstückes wird auch an anderen Ausfertigungsstellen, als denen des Wohnortes des Antragstellers, die Befugnis zur Ausfüllung von Bezugscheinen übertragen.

Die Abgabe der getragenen Kleidung wird einer besonderen Regelung vorbehalten.

Gegenstände, die bisher bezugscheinfrei waren, aber durch die jetzige Bekanntmachung bezugscheinpflichtig werden, dürfen noch bis zum 30. November 1916 ohne Bezugschein an die Verbraucher ausgehändigt werden, wenn sie auf Grund einer Bestellung des Verbrauchers bereits am 31. Oktober 1916 in Arbeit genommen waren.

Berufsfragen.

Schädigung der Textilarbeiter durch landwirtschaftliche Beschäftigung.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob bei der Beschäftigung arbeitslos gewordener Textilarbeiter in der Landwirtschaft die Arbeitsfähigkeit dieser Arbeiter bei späterer Rückkehr zum eigentlichen Beruf beeinträchtigt wird. Auf Veranlassung des sächsischen Ministeriums des Innern hat die Handelskammer zu Plauen ein Gutachten über diese wichtige Frage erstattet. Die Kammer konnte durch Erörterungen in den Kreisen der Beteiligten feststellen, daß, soweit es die Verhältnisse schon jetzt übersehen lassen, nach einer nur kurzen Tätigkeit der Textilarbeiter in der Landwirtschaft eine Be-

einträchtigung der Fingerfertigkeit und dergleichen nicht zu vermerken ist. Bei längerer Beschäftigung mit Feldarbeit dagegen müsse nach Ansicht der befragten Textilindustriellen die Geschicklichkeit unter Umständen schon nach wenigen Monaten erheblich leiden, da die Haut dadurch hart und rau wird. In diesem Falle dauere es auch immerhin geraume Zeit, bis die Finger ihre frühere Fertigkeit wiedergewinnen.

Im Interesse der Industrie wie der Arbeiter ist es gut, daß auf die Schattenseiten der Beschäftigung von Textilarbeitern außerhalb ihres Berufes hinsichtlich der Leistungsfähigkeit für ihre spätere Berufstätigkeit auch von Unternehmenseite aufmerkjam gemacht worden ist. Es ist übrigens nicht nur die landwirtschaftliche Arbeit, sondern auch die Arbeit im Bau- und Metallberuf, welche die Finger hart und steif und damit unbrauchbar macht für die Textilarbeit. Bei der Affordarbeit erleidet natürlich auch das Einkommen des Textilarbeiters Einbuße, wenn er nicht mehr die Elastizität und Fertigkeit seiner Finger besitzt.

Aus der Textilarbeiterbewegung.

Teuerungszulagen an die Textilarbeiter in Gera.

In Gera hatten die Textilarbeiter durch ihre Organisation den Antrag an die Organisation der Arbeitgeber gerichtet, ihnen eine wöchentliche Teuerungszulage zu gewähren, und zwar als freiwillige Zuwendung, damit sie bei der Arbeitslosenunterstützung nicht in Anrechnung komme. Jetzt hat die Weber-Tarifkommission in Gera folgendes Schreiben vom Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien, Ortsgruppe Gera, erhalten:

Gera, 28. Oktober 1916.

An die Weber-Tarifkommission,

Gera-Neuß, Spörlstr. 16.

Ihr Schreiben von Anfang Oktober cr. ist uns zugegangen, und es hat die Ortsgruppe unter Berücksichtigung der gegenwärtigen, schwierigen Verhältnisse sich dahin schlüssig gemacht, den in den Betrieben beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen außer den schon seither gezahlten wöchentlichen Teuerungszulagen ab 30. d. M. eine regelmäßige besondere Teuerungszulage von

3 Mk. pro Arbeitswoche für verheiratete sowie verwitwete Arbeiter und Arbeiterinnen mit Kindern,

1,50 Mk. pro Arbeitswoche für alle alleinstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen bis auf Widerruf zu bewilligen.

Es ist dies als eine freiwillige Zuwendung zu betrachten, die bei Bezug von Arbeitslosenunterstützung nicht in Anrechnung zu bringen ist.

Hochachtung

Die Ortsgruppe Gera
(Unterschrift des Vorsitzenden).

Hoffentlich erfolgt nun auch in den anderen Ortsgruppen eine solche Zulage. Die Not der Arbeiter ist unermesslich groß.

Zur Erwerbslosenfürsorge.

Die Erwerbslosenfrage in Württemberg.

Man schreibt uns aus Stuttgart: Im Mai 1916 war die Erwerbslosenunterstützung in 21 Amtskörperschaften mit zusammen 580 Gemeinden, ferner in 98 Einzelgemeinden durchgeführt. Die von der Regierung vorgeschlagenen Sätze sind von 618 Gemeinden im wesentlichen anerkannt, 3 Gemeinden haben etwa gleichartige Unterstützungssätze, wenn auch auf anderer Grundlage durchgeführt, 52 Gemeinden sind in ihren Unterstützungsleistungen darüber hinausgegangen und nur 5 Gemeinden hinter ihnen zurückgeblieben. Tatsache: Eine im August 1916 von der Gauleitung Stuttgart des Deutschen Textilarbeiterverbandes angestellte Erhebung ergab folgendes Resultat:

1. Oberämter bzw. Gemeinden, die mehr leisten als der Entwurf der königlichen Zentralstelle für Gewerbe und Handel vorschlägt: Eßlingen-Stadt, Geislingen-Oberamt, Göppingen-Oberamt, Stuttgart-Stadt und Oberamt, Wäschendöberein im Oberamt Welzheim.

2. Oberämter bzw. Gemeinden, die nach dem Vorschlag vom Mai zahlen: Blaubeuren-Oberamt, Heidenheim-Oberamt, Rottenacker im Oberamt Eningen, Ulm a. D.-Stadt.

3. Oberämter bzw. Gemeinden, die weniger zahlen als der Entwurf vom Mai vorschlägt: Balingen-Oberamt, Balingen-Oberamt, Brackenheim-Oberamt, Eßlingen-Oberamt, Gmünd, Gellingen, Hall und Steinbach im Oberamt Hall, Nürtingen-Oberamt, Schramberg, Oberamt-Oberndorf, Schorndorf-Oberamt, Tuttlingen-Oberamt. (Das Verzeichnis besteht meistens darin, daß die Bestimmungen in den Satzungen über Anrechnung und Kürzung des Einkommens ungünstiger sind als der Mai-Entwurf zuläßt.)

4. Oberämter bzw. Gemeinden, die nach den Vorschlägen vom September 1915 zahlen (rund 25 Proz. weniger als nach dem Maivorschlag): Calw-Oberamt, Laupheim-Oberamt, Ravensburg-Oberamt, Kirchheim u. T.-Oberamt, Badnang, Murrhardt, Steinbach im Oberamt Badnang.

5. Oberämter bzw. Gemeinden, die noch weniger zahlen, als der Entwurf vom September 1915 vorschlug: Alen-Oberamt, Wöblingen-Oberamt, Cannstatt-Oberamt, Ludwigsburg-Oberamt, Baihingen a. G.-Oberamt, Urach-Oberamt, Tübingen-Oberamt, Reutlingen-Oberamt und Stadt, Mühlheim im Oberamt Horb, Neckarjulin-Stadt. (Siehe Anmerkung wie bei Ziffer 3.)

6. Oberämter, die zur Zeit der Erhebung die Vorbereitungen trafen: Leonberg, Reutkirch, Neresheim, Lettman, Waiblingen.

7. Oberämter, in denen nichts geschehen ist, weil angeblich entweder keine Arbeitslosen vorhanden oder weil die Arbeitslosen in der Landwirtschaft leicht Beschäftigung haben können: Biberach, Ellwangen, Freudenstadt, Gerabronn, Gaildorf, Maulbach, Maulbrunn, Mergentheim, Münsingen, Nagold, Riedlingen, Sulz a. N., Weinsberg, Wehringen.

8. Oberämter, die nicht geantwortet haben: Crailsheim, Heilbronn, Herrenberg, Künzelsau, Neuenbürg, Rottenburg, Saulgau, Spaichingen, Waldsee.

9. Keine Textilarbeiterzulage wird gezahlt in den Städten: Gmünd, Neckarjulin, Schramberg sowie im ganzen Oberamt Balingen.

Diese Erhebung hat also ergeben, daß weitaus über die Hälfte der arbeitslosen Textilarbeiter niedrigere Unterstützung erhält, als von der Zentralstelle in Vorschlag kam.

Fabrikwohnungsweisen.

★ Eine vollständige Gartenstadt für ihre Arbeiter

Will die Deutsche Wollwaren-Manufaktur in Grünberg (Schl.) schaffen. Auch die nicht verheirateten Arbeiter und Arbeiterinnen sollen zum größten Teile dort Unterkommen finden. Da die Manufaktur einen erheblichen Teil der Kosten übernimmt, werden die Gartenwohnungen auch billig sein.

Das Fabrikwohnungsweisen kann sehr leicht zu einer schlimmern Fessel für die Arbeiter werden. Es kommt eben ganz darauf an, unter welchen Bedingungen das Wohnen in den Fabrikwohnungen ermöglicht wird. Meist lagen die Verhältnisse im Fabrikwohnungsweisen so, daß der Arbeiter als Wohnungsmieter dem Unternehmer auf Gnade und Ungnade ausgeliefert war. Trat der Wohnungsmieter im Arbeitsverhältnis mit Forderungen an den Unternehmer heran, so war es ein gut bewährtes Mittel zum Abschrecken der anderen, diesem Arbeiter nicht nur das Arbeitsverhältnis zu kündigen, sondern ihn auch aus der Wohnung hinauszuwerfen. Bei Lohnkämpfen war es in der Regel der erste Gewaltakt des Unternehmers, die im Lohnkampf stehenden Arbeiter aus der Wohnung zu werfen, um ihnen den Lohnkampf zu erschweren. Manche Unternehmer gingen gar so weit, daß sie ihre in den Fabrikwohnungen untergebrachten Arbeiter gezwungen haben, ledige Lohndrücker bei sich als Landsleute aufzunehmen. Die Grünberger Textilarbeiter mögen da also vorsichtig sein, damit sie sich nicht etwa eine Kette zurechtbinden, mit der sie in späterer Zeit empfindlich geächtigt werden können.

Handelsnachrichten.

Kein weiteres Ausfuhrverbot für Gewebe aus Seide und Baumwolle.

★ Auf das auch in Krefeld umlaufende Gerücht, daß ein vollkommenes Ausfuhrverbot für halbweidene Gewebe neuerdings ergangen sei, hatte sich die Krefelder Handelskammer telegraphisch an maßgebender Stelle erkundigt und unter dem 13. Oktober folgende Drahtantwort empfangen:

„Ausfuhrverbot für Gewebe aus Seide und Baumwolle einschließlich Sammete nicht ergangen. Freiliste vom 27. April 1916 gilt noch zu recht.“

Delbrück,
Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung.“

Kein Ausfuhrverbot von Konfektionswaren.

Die Gerüchte eines generellen Ausfuhrverbotes in Konfektionswaren bestätigen sich nicht. Die Beratungen in der Angelegenheit des Ausfuhrverbots von Konfektionswaren haben vielmehr zu dem Resultat geführt, daß die Notwendigkeit nicht so erwiesen ist, daß man die Ausfuhr völlig sperrt.

Soziale Rechtsprechung.

Anspruch auf Reichswochenhilfe haben auch Ehefrauen, deren zum Kriegsdienst verpflichtete Männer bei Ausbruch des Krieges in Feindesland arbeiteten und dort als Zivilgefangene zurückgehalten werden.

Der § 1 der obigen Bekanntmachung handelt auch von Personen, die durch Gefangenahme verhindert sind, dem Reiche Kriegs- u. w. Dienste zu leisten. Auch hier nahmen Rassen und Versicherungsämter an, daß Frauen von solchen Zivilgefangenen, die im Auslande interniert und dadurch von vornherein an der Leistung von Kriegsdiensten verhindert waren, für die Reichswochenhilfe nicht in Frage kämen. Auch in diesem Falle entschied das Reichsversicherungsamt zugunsten der Frauen. Der Fall lag wie folgt: Der Mann — unausgebildeter Landsturmpflichtiger — arbeitete bei Ausbruch des Krieges in Rußland und wurde dort gefangen gehalten. Der Antrag auf Kriegswochenhilfe wurde abgelehnt, weil der Ehemann nicht Kriegsgefangener, sondern Zivilgefangener sei. Das Reichsversicherungsamt hat jedoch erklärt, daß die Bekanntmachung nicht engherzig ausgelegt werden dürfe. Es sei zwar nicht zu verkennen, daß der Wortlaut des § 1 der Bewilligung entgegenzustehen scheine, aber dem Wortlaut könne keine entscheidende Bedeutung beigelegt werden, da es sich hier nicht um ein hinsichtlich der Ausdrucksweise eingehend beratenes Gesetz, sondern um eine aus Anlaß des Krieges im Hinblick auf die Dringlichkeit des Gegenstandes verfaßte Notverordnung handele. Jedenfalls läßt auch der § 1 Nr. 1 ohne Zwang die Deutung zu, daß hier von auch solche Personen erfasst werden sollen, die in diesem Kriege durch Gefangenahme an der Leistung von Kriegsdiensten verhindert sind, wenn sie zur Leistung solcher Dienste verpflichtet gewesen wären. (Entsch. des Reichsversicherungsamts vom 10. April 1916 (IIa. R. 54/16.)

Berichte aus Fachkreisen.

Chemnitz. Eine von circa 1000 Teilnehmern — Mitgliedern des Deutschen Textilarbeiterverbandes, des Gewerkschafts der Textilarbeiter (S.-D.), des Schneider- und Wäschearbeiter-, sowie des Hut- und Filzarbeiterverbandes — fand vorige Woche in „Zweinigens Ballsaal“ statt. Tagesordnung: „Arbeitslosenfürsorge für Textilarbeiter“. Als erster Referent führte Kollege Sachse aus, daß aus den Kreisen der Textilarbeiterschaft und der im Bekleidungsgebiete tätigen Angehörigen immer lauter der Ruf erschalle, daß in Anbetracht der steigerten Lebensmittelpreise eine Erhöhung der Unterstützungssätze notwendig sei. Zu diesem Zwecke sei die gemeinsame Mitgliederversammlung zusammengerufen, um eine Ausprägung herbeizuführen. Eine Aufbesserung der Unterstützungssätze sei dringend notwendig. Die Lebensmittelpreise seien innerhalb der letzten Monate ins Ungemessene gestiegen. Der bevorstehende Winter werde noch erheblichere Mehrausgaben für die arbeitslos und beschränkt arbeitenden Angehörigen der Textil- und Bekleidungsindustrie bringen. Auch müsse dahin gestrebt werden, daß der tatsächlich verdiente Lohn nicht mehr mit 80 Proz., sondern mit einem geringeren Prozentsatz auf die Unterstützung in Anrechnung gebracht werde. Diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche noch in Arbeit ständen, seien gegenüber den gänzlich arbeitslosen im Nachteil, da sie einen erheblichen Mehraufwand an Lebenshaltung hätten. Der vor dem Krieg verdiente Arbeitslohn dürfe bei der Berechnung nicht mehr zugrunde gelegt werden, da sich die Verhältnisse ganz wesentlich geändert hätten. Die Unterstützungssätze müßten in allen Fällen nach den Grundsätzen gezahlt werden,

unbekümmert um den früher erzielten Verdienst. Vom Landesauschuß sei eine Besserung der bestehenden Arbeitslosenfürsorge nicht zu erwarten. Die Verordnungen der Landesregierung ließen aber den Verwaltungsbehörden soviel Spielraum, daß diese in der Lage wären, eine Verbesserung herbeizuführen. Es sei deshalb zu empfehlen, sich mit einer diesbezüglichen Eingabe an den Rat der Stadt Chemnitz zu wenden.

Der zweite Referent, Kollege Kurt Reichelt aus Spremberg, vom Gewerkschaftsverband der Textilarbeiter (S.-D.), schloß sich den Ausführungen des Kollegen Sachse im allgemeinen an. Durch die fortgesetzte Preissteigerung aller Lebens- und sonstigen Bedarfsartikel sei fast jeder Sparproben aufgehört und deshalb eine Aufbesserung der Unterstützungssätze alsbald notwendig. In Anbetracht des bevorstehenden Winters und der damit verbundenen Mehrausgabe für Kleidung, Heizung und Beleuchtung sei es angebracht, eine einmalige größere Summe für die in der Textil- und Bekleidungsindustrie arbeitslos findenden und beschränkt arbeitenden Angehörigen zu fordern. Nachdem der Redner noch einige Ausführungen über die Entziehung der Textilarbeitslosenfürsorge gegeben hatte, forderte er die Anwesenden auf, auch in Zukunft der Organisation die Treue zu bewahren, damit sie nach dem Kriege ihre Wirksamkeit im Interesse der Arbeiterschaft weiter entfalten könne.

In der Diskussion sprach zunächst Kollege Bloch vom Schneiderverband im Sinne der beiden Referenten, desgleichen einige Kolleginnen, welche zum Ausdruck brachten, daß ihnen mit den gegenwärtigen Unterstützungssätzen das Durchhalten nicht möglich sei. Die Ortsverwaltungen der Verbände wurden beauftragt, eine Eingabe an den Rat der Stadt zu richten um Erhöhung der Unterstützungssätze, sowie Herabsetzung des Prozentsatzes bei Berechnung des Arbeitsverdienstes und Befreiung der Bestimmung, wonach der frühere Verdienst bei Berechnung der Unterstützung zugrunde gelegt wird. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden, Kollegen Florjusch, der die anwesenden Mitglieder aufforderte, ihre Pflichten gegenüber der Organisation voll zu erfüllen und für deren Ausbreitung und inneren Zusammenhalt zu wirken, wurde die glänzend verlaufene Versammlung geschlossen.

Eiberfeld. Am Samstag, den 28. Oktober, fand im Volkshaus, Sombüchelstraße, eine Mitgliederversammlung der hiesigen Filiale statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 3. Quartal und Bericht der Revisoren. 2. Geschäftliches und Verschiedenes. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte der zweite Vorsitzende, Kollege Wilhelm Steinbrink, des Ablebens des Geschäftsführers Kollegen Wilhelm Krohnen. Kollege Fuchs gab dann bekannt, daß der Filialvorstand mit Genehmigung der Gauleitung dem Kollegen Kollmann aus Barmen vertretungsweise bis auf weiteres die Geschäfte der Filiale übertragen habe. Der Beschluß wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheißen. Als ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Kollmann den Kassenbericht vom dritten Quartal. Kollege Ed. berichtete dann über die Revisionen und teilte mit, daß bei der Quartalsrevision als auch bei der nach dem Tode des Kollegen Krohnen unter Anwesenheit des Gauleiters vorgenommenen Revision Kasse, Bücher und Belege in bester Ordnung gefunden wurden. Unter Punkt 2 teilte dann der zweite Vorsitzende mit, daß Kollege Fuchs seinen Posten als Vorsitzender niedergelegt habe und eine Neuwahl für denselben stattfinden müsse. Auf Vorschlag der Versammlung wurde dann der bisherige Schriftführer, Ernst Gräf, einstimmig als erster Vorsitzender gewählt. An dessen Stelle wurde dann der Kollege Emil Flügel ebenfalls einstimmig gewählt. Kollege Kollmann teilte dann mit, daß die beiden weiblichen Vorstandsmitglieder ihm mitgeteilt hätten, daß sie nicht in der Lage seien, an den Sitzungen des Vorstandes teilnehmen zu können; er schlägt deshalb der Versammlung vor, an deren Stelle zwei Kollegen in den Vorstand zu wählen. Demnach beschließt die Versammlung und wählt als Ersatz für die beiden Kolleginnen die Kollegen Wilhelm Gelbmacher und Karl Wülfing als Vorstandsmitglieder. Ferner soll auf Wunsch der Versammlung der Kollege Kollmann, solange er die Geschäfte der Filiale führt, ebenfalls dem Vorstande angehören.

Es wurde dann noch eine Aenderung der Bureaustunden vorgenommen. Das Bureau soll in Zukunft für den Verkehr geöffnet sein an den ersten vier Wochentagen morgens von 9—1 Uhr (nachmittags geschlossen), Freitags von morgens 9—1 Uhr, nachmittags von 6½—8 Uhr und Samstags von 9—3 Uhr nachmittags. Bei allen Anlässen muß das Mitgliedsbuch vorgezeigt werden. Zum Schluß hat Kollege Kollmann noch, dafür Sorge zu tragen, daß die noch am Ort anwesenden Kollegen mehr an den Veranstaltungen der Organisation teilnehmen, denn auch während der Kriegszeit sei unsere Verbandsbewegung die zuverlässigste Stütze der Arbeiterinteressen. Auch in Anbetracht der Verhältnisse, die nach dem Kriege kommen würden, sei eine starke Organisation das dringendste Erfordernis der Textilarbeiter. Pflicht jedes Kollegen sei es deshalb, mitzuarbeiten, um die Organisation durch diese schwere Zeit hindurchzuführen.

Wüstegiersdorf. Eine am 1. November in Hannigs Gasthaus abgehaltene Mitgliederversammlung erfreute sich eines wohl noch nie dagewesenen guten Besuchs. Ursache: die allgemein ungünstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie sie besonders bei der Firma Meier Kaufmann bestehen. Ehe in die Besprechung der Mißstände eingetreten wurde, referierte Kollege Scholz aus Landesbut über die Textilarbeiterfürsorge. Für den kommenden Winter sind bis jetzt folgende Verbesserungen in der Fürsorge zu verzeichnen: Anrechnung von 20 Proz. des verdienten Lohnes zu den Fürsorgeleistungen, Erhöhung des Kinderzuschusses von 1 Mk. auf 2 Mk. (der Kinderzuschuß von 2 Mk. wird auch alten Eltern zuteil), keine Herabsetzung durch die Fürsorge in niedrige Klassen der Kranken- und Invalidenversicherung, Zahlung des Kinderzuschusses und Elternzuschusses auch in Krankheitsfällen, die mit Erwerbsunfähigkeit verbunden sind. Abgelehnt ist die Forderung des Mietszuschusses wie die der Nichtanrechnung der Invaliden- und Unfallrenten. Ueber die Anrechnung des Kreiszuschusses für Kriegerfrauen ist völlige Klarheit noch nicht vorhanden. Bei Verhandlungen wurde gesagt, er würde nicht angerechnet und doch soll er angerechnet werden, wie an einigen Fällen nachzuweisen sei. Wenn die Betroffenen sich melden, so werde nachgefragt werden, denn es ist bei den Verhandlungen betont worden, daß überall einheitlich verfahren werden soll. Mit Hartnäckigkeit werden alle Forderungen, die eine Lohn-erhöhung bezwecken, abgelehnt, selbst wenn sie durch die Fürsorge schon einen großen Teil der Beschäftigten gewährt wird, wie bei Anrechnung von 20 Proz. des verdienten Lohnes. Mehrverdiener (die über die Fürsorgeleistungen verdienen) sind nicht nur von den Fürsorgeleistungen ausgeschlossen, sondern man verweigert ihnen auch die 20 Proz. Lohnerhöhung. Um hierin Wandel zu schaffen, bedarf es noch eines weit stärkeren Zusammenschlusses in der Organisation. Durch ihn kommt man auch vielleicht zu besserer Behandlung. Die Unternehmerorganisation verjagt hier völlig, obwohl man von ihr das Gegenteil erwarten könnte. Der Referent forderte deshalb in eindringlichster Weise auf, schleunigst den Verband zu stärken. Seine Worte fanden große Aufmerksamkeit und lebhaften Beifall. Kollege Herrmann berichtete sodann über die bevorstehenden Lebensstände und brachte unter anderem auch zur Kenntnis, daß in einer Eingabe an das Generalkommando zu Breslau 78 weibliche und 6 männliche Arbeiter der Spulerei unterschrieben hatten, um zu einer der Beschäftigten zuzugewanderten Arbeitszeit zu gelangen. Dieses Gesuch ist leider nicht berücksichtigt worden. Die Arbeiterinnen, die sich nun durch Selbsthilfe ihre Arbeitszeit regeln wollten, sind aber mit 7 Mk. Lohnabzug bestraft worden. Besonders auffallend ist, daß Einrichtungen bei der Firma Meier Kaufmann die Einheitlichkeit in der Durchführung vermissen lassen. Gegen verschiedene Mißbilligungen sind die nötigen Schritte eingeleitet worden. — In vorgerückter Stunde wurde die Versammlung geschlossen. Eine Anzahl Gäste ließ sich in den Verband aufnehmen. Mögen noch recht viele dem Beispiel folgen!

Literatur.

„Kriegsfaat“, Kampfgedichte 1914—1916, von Dr. Franz Diederich. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. — Der Krieg hat der politischen Dichtung der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft das Feld stark verengt. So dürfte dieses Buch willkommen sein. Es enthält während der Kriegszeit entstandene Gedichte, von denen manche durch den Abdruck in der Arbeiterpresse schon einen weiten Weg gemacht haben. Die Stimmungen, von denen unzählige deutsche Arbeiter in dieser schweren Zeit bejeelt sind, leben in diesen Versen. Sie atmen die Not der Zeit, aber auch den gläubigen Mut, der seine bauende Kraft für die Zukunft bereit hält. Der Verlag hat dem Buche ein vortreffliches Gewand gegeben, es eignet sich gut zu Geschenkwegen. In starkem Umschlag kostet es 1,50 Mk. Eine Ausgabe in farbigem Pappband kostet 2 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 5. Heft vom 1. Band des 35. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Friedrich Adler. Von R. Kautsky. — Ernst Machs Ueberwindung des mechanischen Materialismus. Von Friedrich Adler. — Handelspolitische Fragen. Von Karl Emil. (Fortsetzung.) — Literarische Rundschau: A. Kollontai, Gesellschaft und Mutterchaft. Von M. N-na. P. Thormeyer, Philosophisches Wörterbuch. Von C. Notter. — Notizen: Japans Handel. Von K.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,90 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pf.

Die Glucke, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Das eben erschienene Heft 32 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul Lench, M. d. R.: Kriegskredite und Schutzhaft. Wie steht es in Rußland? Th. Stauning: Die sozialdemokratische Politik in Dänemark. Hermann Wendel, M. d. R.: Zur Sozialpsychologie der Greuelbilder. Franz Diederich: Madame Legros. Woffen. Die Woche. — Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich 2,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten.

W. D., Hohenstein. Leider nicht. Sie können sich selber davon überzeugen, wenn Sie in Nr. 40 unseres Blattes vom vorigen Jahre Einsicht nehmen; dort sind alle Fälle aufgeführt, in denen die Reichswochenhilfe gewährt wird.

Nach Limbach. Das ist ja unangenehm; ich bin aber daran völlig unschuldig. Gruß. W.

P. S. in W. Betrodnete Filze würde, wie wir hören, W. Förster, Chemnitz, Reichenhainer Str. 8 III, taufen. Er bietet 3—4 Mark das Pfund.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 12. November, ist der

46. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

Gau 3. Köln. V u. K: Frau Toppel, Heinrichstr. 2.

Gau 4. Barmen. K: D. Strub, Geschäftsführer, Karlstraße 48, I.

Gau 4. Eiberfeld. V: Ernst Gräf, Krankentafelange-

stellter, Höchsten 68. K: R. Koll-

mann, Geschäftsführer, Karl-

straße 36. Alle Zuschriften an

den Geschäftsführer.

Gau 8. Langenberg

(Neuß). V: Paul Müller, Ge-

straße 5a. Alle Zuschriften an

diesen.

Gau 9. Wüstenselb.

Der Bevollmächtigte ist einge-

zogen.

Gau 10. Hermsdorf ist

mit Hohenstein-Ernstthal ver-

schmolzen.

Gau 13. Finsterwalde.

V: Otto Krappe, Wadergasse 2.

Briefe an diesen.

Ortsverwaltungen.

Eiberfeld. Das Bureau ist für den Verkehr geöffnet vom mittags von 9—1 Uhr, Freitags nachmittags von 6½—8 Uhr, Samstag von 9 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags. Meldezeit für Arbeitslose von 10 bis 1 Uhr vormittags. Bei allen Anlässen ist das Mitgliedsbuch vorzulegen.

Totenliste.

Zum Felde gefallene oder in Folge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Baun. Ernst Berno, Musterweber, 33 J. Paul Wörbe, Tuchmacher, 31 J. Curt Seremias, Arbeiter, 20 J.

Chemnitz. Emanuel Radmann, Handarbeiter, 39 J. May Aurich, Abzieher, 28 J. May Glasmann, Färber, 26 J. Oskar Paul Kemter, Birker, 27 J.

Delmenhorst. Ludwig Müller, 31 J.

Falkenstein i. S. Willy Vogel, Tüllweber, 22 J. Otto Schneider, Garbinnenweber, 39 J.

Redaktionsklub für die nächste Nummer Sonnabend, den 11. November.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit \star versehenen Artikel Hermann Krähgl, für alles andere Paul Singer & Co. — Druck: Bornwirts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

- Franz Seifert, Stider, 28 J. Richard Köcher, Dorfstadt. Fädler, 21 J. Richard Hädel, Tüllweber, 43 J. Paul Schmutzler, Eiferfeld, Fabrikarbeiter. Mar Wolf, Stider, 25 J. Gera. Gustav Rofer, 34 J. Walter Eichhorn, 33 J. Oskar Pähler, 36 J. Greis, Heinrich Dehnert, Weber, 34 J.
- Jahnsdorf i. Erzgeb. Bruno Mar Wundrich, 21 J. Krefeld. Peter Hecker, 27 J. Samtlicher.
- Lengsfeld i. S. Fritz Richard Fischer, Müller, 22 J. Paul Langer, 37 J.
- Limbach i. Sa. Mar Willy Krügel, Wirtelarbeiter. Kreuzische b. Limbach, Anteil Hartmannsdorf, 22 J. (Richtigstellung aus Nr. 44.) Kurt Willy Schmiedel, Wirtelarbeiter, Pleiße b. Limbach, 21 J. Arthur Lindner, Hand- schuhzuzüchter.
- Lobberich. Hermann Pöhren, Färber, 22 J.
- Mühlhausen i. Thür. Artur Aurin, Strider, 20 J. Hermann Adermann, Strider, 26 J.
- Plauen i. S. Richard Jäger, Weber, 40 J. (Unterfaff.)
- Reichenbach i. S. Paul Gläß, 29 J.
- Reichenbrand. Paul Fleischer. Wilhelm Brunzel, Oskar Arnold, Fritz Kühn, die letzten drei aus Rabenstein.
- Werdau. Emil Raumann, Krempelauspüßer, 29 J.

Gestorbene Mitglieder.

Chemnitz. Mar Krause, Rummelsdorf, 64 J. Herzleiden. Glaudau. Otto Thieme, 59 J. Krefeld. Friedrich Leven, Färber, 31 J. Lungen- und Kehlkopf- tuberkulose. Landeshut. Heinrich Neudeck, Autscher, 54 J. Unfall. Reichenbach i. S. Richard Schneider, Färbearbeiter, 51 J. Lungentuberkulose.

Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen. Sonnabend, 18. Nov. Deberan. Abends 9 Uhr, in der „Erholung“.